

Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Rottfuhrgässchen 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellungsliste 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf.; Veramml-
ungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 2.

Berlin, den 12. Januar 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Für die Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gaue werden dieser Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ je zwei Formulare: „Zusammenstellung lokaler Einnahmen und Ausgaben“ beigelegt, von denen eins ausgefüllt mit der Abrechnung vom 4. Quartal 1906 an uns zurückzusenden ist. Sollte die Abrechnung bereits eingekommen sein, dann ersuchen wir, die „Zusammenstellung“ bald folgen zu lassen. Bevollmächtigte, die versehentlich keine Formulare erhalten haben sollten, wollen solche von uns umgehend verlangen.

2. Da viele Berichtarten für das Kaiserliche Statistische Amt noch nicht bei uns eingetroffen sind, so ersuchen wir dringend um sofortige Einsendung derselben.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Roth.

Das Wirtschaftsjahr 1906.

Um die Bilanz eines Jahres für den Arbeitsmarkt festzustellen, muß man vorher drei verschiedene Rechnungen aufstellen: man muß einmal untersuchen, welche Beschäftigungsgelegenheit die Berichtszeit bot, sodann zu welchen Löhnen die Arbeiter beschäftigt wurden, endlich aber, welche Veränderung die Kaufkraft des Geldes erfahren hat. Erst die Beantwortung dieser Fragen ermöglicht es, sich ein abschließendes Bild von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1906 zu machen.

Daß die Beschäftigungsgelegenheit ausnahmsweise reichlich war, das lehrt schon ein Blick auf die Gestaltung von Angebot und Nachfrage an den öffentlichen Arbeitsnachweisen. Hier ging der Andrang der Arbeitssuchenden so stark zurück, daß im Monat September das ständige Ueberangebot völlig verschwand und ein teilweiser und vorübergehender Arbeitermangel eintrat. Wir müssen schon in die besten Jahre der letzten Aufschwungsperiode zurückgehen, um auf eine ähnlich günstige Gestaltung der Beschäftigungsgelegenheit zu stoßen, wie sie das Jahr 1906 aufzuweisen hatte. Es trat der für unsere heutige Wirtschaftsordnung überaus seltene Fall ein, daß bisweilen die Beschäftigungsgelegenheit viel rascher zunahm, als das Angebot der Arbeitskräfte folgen konnte. In den gewerblichen Zentren trat einige Zeit hindurch ein sehr empfindlicher Arbeitermangel zutage. Namentlich war das Angebot von Arbeitskräften im Bergbau, im Baugewerbe, vereinzelt auch in der Textilindustrie äußerst knapp. Freilich ist der Grad des Arbeitermangels meist sehr stark übertrieben worden. Denn während auf der einen Seite ein empfindlicher Mangel war, herrschte an anderen Plätzen in der nämlichen Branche oft ein recht nebenswerter Ueberfluß. Bei einer besseren Organisation des Arbeitsmarktes wäre ein Ausgleich wohl gesunder

Spannungen leicht möglich; im Interesse des Arbeitsmarktes läge ein solcher Ausgleich auf alle Fälle. Um eine Vorstellung von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte im Jahre 1906 im Vergleich mit anderen Jahren zu geben, bringen wir nachstehend für das günstigste Jahr der letzten Aufschwungsperiode, für das ungünstigste Jahr der Krise, für das Jahr 1905 und endlich für das Berichtsjahr die Indizes der Veränderung an den öffentlichen Arbeitsnachweisen nach den monatlichen Berechnungen des „Arbeitsmarktes“. Es kamen auf je 100 offene Stellen Arbeitssuchende:

	1899	1902	1905	1906
Januar	131,6	220,2	157,2	138,5
Februar	111,1	208,3	139,4	120,4
März	89,3	148,9	110,8	100,9
April	95,5	147,5	111,0	100,3
Mai	98,9	172,0	117,8	101,5
Juni	93,6	167,8	108,3	105,1
Juli	100,7	163,4	110,6	106,2
August	92,5	161,5	105,8	98,4
September	98,9	133,6	93,1	87,9
Oktober	109,0	174,3	119,6	108,2
November	130,8	225,8	131,1	135,1

Im Durchschnitt aller Monate kamen also auf je 100 offene Stellen Arbeitssuchende:

	1899	1902	1905	1906
	104,7	174,8	118,5	109,2

Das Gepräge des Arbeitsmarktes war zwar durchschnittlich im Jahre 1899 noch günstiger als 1906, aber doch ging in keinem einzigen Monat dieses günstigsten Jahres der Andrang so weit zurück, wie im September des Berichtsjahres. Beschäftigungsgelegenheit war also reichlich vorhanden und äußerte sich nicht nur in einer Vermehrung der Beschäftigten, sondern auch in einer Steigerung der Leistung des einzelnen Arbeiters. Es kamen auf den Kopf des Beschäftigten durchschnittlich mehr geleistete Arbeitsstunden als in den Vorjahren. Nicht nur fielen Betriebs Einschränkungen so gut wie völlig weg, es wurden nicht nur die normalen Arbeitszeiten voll ausgenutzt, sondern auch wieder in höherem Grade Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsstunden gemacht, soweit dies irgendwie möglich und zulässig war.

Allein schon diese gewaltige Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden mußte eine nennenswerte Vermehrung der dem Arbeitsmarkte zufließenden Lohnsummen zur Folge haben. Es dürfte sogar der Anteil an der Gesamtlohnsteigerung aus der Zunahme der Beschäftigten und aus der Steigerung der Arbeitslöhne pro Beschäftigte wesentlich stärker ins Gewicht fallen, als die Lohnsteigerung, die durch die Erhöhung der Lohnsätze bewirkt worden ist. Um wie viel die Löhne gegen 1905 sich gehoben haben dürften, dafür suchen wir nachstehend einige Anhaltspunkte zu geben. Daß die ungelerten Arbeiter sich im Jahre 1906 besser stellten als 1905 und gar 1904, ist aus einer Reihe von Beobachtungen zu schließen. Wir verweisen hier auf die Lohnlisten des Zentralarbeitsnachweises in Berlin, in denen für jeden Monat nachgewiesen wird, zu welchen Wochenlöhnen die vermittelten Arbeiter eingestellt werden. In den ersten zehn

Monaten 1906 wurde von diesem Berliner Nachweis für 37 284 Arbeiter der Wochenlohn nachgewiesen gegen 36 738 im Jahre 1905. Von je 100 dieser ungelerten Arbeiter wurden zu folgendem Wochen- resp. Monatslohn eingestellt:

	1905	1906
8—10 Mk.	2	0,5
11—12 "	6	3,0
13—14 "	16	21,5
15—17 "	6	3,0
18—20 "	20	18,0
21 und mehr "	44	48,0
Monatslohn "	6	6,0

Es ergibt sich daraus, daß zu den Sätzen der beiden untersten Lohnklassen im Jahre 1906 weniger Personen, zu den höchsten dagegen mehr Personen eingestellt wurden als 1905. Schon allein dieser Unterschied bewirkt bei den in Frage kommenden Arbeitern eine merkliche Vermehrung der Lohnsummen. Allerdings war die Steigerung im Jahre 1906 nicht mehr so stark wie 1904, wo in der höchsten Lohnklasse erst 34, in den beiden untersten aber noch 16 von je hundert rangierten. Ueber die Bewegung der Löhne bei den gelernten Arbeitern ist gleichfalls nur wenig für weitere Arbeiterkategorien brauchbares Material vorhanden. In etwas gewähren uns die tarifmäßigen Jahresarbeitsverdienste Einblick in die Tendenz der Bewegung des Lohnes. Wir besitzen solche Berechnungen namentlich für das Zimmerergewerbe, das wieder als wichtiger Teil des Baugewerbes für das Baugewerbe überhaupt maßgebend sein muß. Man kann annehmen, daß bei der Konjunktur des Berichtsjahres der tarifmäßige Jahresverdienst durchschnittlich erreicht worden sein dürfte, daß jedenfalls eine Besserung gegen den tarifmäßigen Arbeitsverdienst im Jahre 1905 allgemein erzielt worden ist. Gehen wir von dieser Annahme aus, so erhalten wir für nachfolgende Plätze aus der Differenz der tarifmäßigen Jahresarbeitsverdienste für 1905 und 1906 bei den Zimmerern den in der Uebersicht vermerkten prozentualen Mehrverdienst im Jahre 1906:

Ort	Jahresarbeitsverdienst in Mark		Mehrverdienst in Proz.
	1905	1906	
Berlin	1878,91	1925,25	2,7
Bonn	1233,24	1295,10	5,0
Cassel	1347,—	1401,92	4,1
Cöln	1516,35	1647,60	8,6
Eisenach	1092,30	1159,89	12,3
Erfurt	1306,40	1339,97	2,6
Hannover	1519,10	1475,10	- 1,1
Magdeburg	1331,50	1341,—	0,7
Mannheim	1416,—	1524,05	7,6
Mühlheim a. Rh.	1516,35	1647,60	8,6
Stettin	1452,36	1492,15	2,7

Mit Ausnahme von Hannover war überall die Tendenz der Löhne steigend. Die Lohn-erhöhungen im Baugewerbe erstrecken sich aber nicht etwa nur auf große Städte, sondern sind auch für die große Zahl der kleinen Provinzorte zu konstatieren. Noch eine Gruppe der gelehrten Arbeiter vermögen wir endlich herauszugreifen, um die Steigerung der Löhne zu veranschaulichen, das sind die Bergarbeiter, soweit sie in Preußen beschäftigt sind. Ihnen wurden

für die ersten drei Quartale an Lohn ausbezahlt in Millionen Mark:

	1905	1906
Steinkohlenbergbau	349,69	412,66
Braunkohlenbergbau	27,48	30,79
Sonstiger Bergbau	40,72	47,18
Zusammen	417,89	490,61

Das sind die Lohnsummen insgesamt. Sie zeigen im Steinkohlenbergbau eine Steigerung um zirka 18, bei Braunkohlen eine solche von 12,5, im sonstigen Bergbau eine solche von 16 Prozent gegen 1905. Weit geringer ist schon die Steigerung des Verdienstes, der auf den einzelnen Bergmann in den drei Quartalen entfiel. Diese Steigerung betrug bei Steinkohle 14, bei Braunkohle 6,5, im sonstigen Bergbau 9,4 Proz. Der Lohnsatz selbst oder im Bergbau der Durchschnittslohn pro Schicht ging bei Steinkohle nur um 7, um ebenso viel bei Braunkohle, aber um 10 Proz. im sonstigen Bergbau gegen 1905 hinauf. Es betrug nämlich für die drei ersten Quartale zusammen

	der Gesamtverdienst eines Arbeiters in M.		der Lohn für eine Schicht in M.	
	1905	1906	1905	1906
Steinkohlenbergbau	812	926	3,72	3,99
Braunkohlenbergbau	716	762	3,13	3,34
Sonstiger Bergbau	700	766	3,17	3,47

Das sind so einige Stichproben zur Beurteilung der Bewegung der Löhne im Jahre 1906. Sie reichen nicht aus, um ein sicheres Urteil über die Bewegung des Gesamtlohnniveaus im Jahre 1906 zu ermöglichen, aber soviel dürften sie doch ergeben, daß im allgemeinen noch ein Ansteigen der Löhne und Lohnsummen stattgefunden hat.

Ob der durch die Lohnsteigerungen erzielte Mehrverdienst nun aber auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung bedeutete, das hängt schließlich von den Veränderungen der Kaufkraft des Geldes oder, anders ausgedrückt, von dem Niveau der Warenpreise ab. Bleibt dieses unverändert, so bedeutet jeder Mehrverdienst eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Steigen aber die Warenpreise und vor allem die Lebensmittelpreise, so vermindert sich jeder Mehrverdienst in dem Grade, in dem die Haushaltskosten teurer geworden sind. In der Tat haben nun gerade im Jahre 1906 die Haushaltskosten eine Erhöhung erfahren, wie noch selten. Nach dem „Arbeitsmarkt“ stellten sich auf Grund der Normalration eines Marineinfanteristen die Kosten des Nahrungsmittelverzehrs für eine vierköpfige Familie in den einzelnen Jahren seit 1900 auf Mark:

1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
1062,88	1069,12	1077,44	1089,20	1106,98	1142,96	1196,62

Gegen 1905 hat eine Steigerung von rund 4,7 Proz. stattgefunden. Da auch die Ausgaben für Wohnung, Kleidung usw. im Jahre 1906 gestiegen sind, so wird man nicht zu hoch schätzen, wenn man als durchgängige Verteuerung der Haushaltskosten einen Satz von mindestens 5 Prozent annimmt. Das ist die Verteuerung gegen 1905, wobei hervorzuheben ist, daß schon in diesem Jahre das Niveau der Lebensmittelpreise ein recht hohes war. Selbstverständlich ist bei unserer Durchschnittsschätzung ein quantitativ und qualitativ gleichbleibender Bedarf der Familie vorausgesetzt. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung kann sich nur insoweit während des Jahres 1906 gebessert haben, als der einzelne Arbeiter eine Einkommenssteigerung von mehr als 5 Proz. im Jahre 1906 aufzuweisen gehabt hat. Wo die Einnahmen diese Steigerung nicht erreichten oder nicht überschritten, ist die Lage entweder gegen 1905 gleichgeblieben oder aber sie hat sich verschlechtert.

Auf Grund allen einschlägigen Materials und aller Einzelbeobachtungen liegt der Schluß nahe, daß im allgemeinen die Arbeiterbevölkerung auch im Jahre 1906 noch an dem Aufschwung teilgenommen hat; die Löhne sind so ausgefallen, daß die Steigerungen der Warenpreise keinen Rückgang des Verbrauchs bewirkten, sondern daß vielmehr noch eine Konsumzunahme stattfinden konnte. Allerdings ist diese

Zunahme relativ geringer, als im Jahre 1905, wo den Lohnzunahmen noch nicht die überaus hohen Warenpreise gegenüber standen wie im Berichtsjahre. Der Grad, in dem die Arbeiter an dem Aufschwung teilgenommen haben, ist freilich nach Gewerben und innerhalb dieser wieder nach Betriebsform und Betriebsgröße sehr verschieden gewesen. In den Gewerben, die Roh- und Brennstoffe, vor allem Eisen und Metalle liefern, dann in der Verarbeitung von Metallen, in der Maschinenindustrie sowie im Baugewerbe dürften die Arbeiter besser abgeschnitten haben als im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie in den Nahrungs- und Genussmittelbranchen. In den Großbetrieben dürfte der Verdienst weit mehr gestiegen sein als in mittleren Betrieben und im Handwerk oder gar in Branchen, wo Heimarbeit zu Hause ist. Nirgends aber dürfte die Gunst der Konjunktur trotz der hohen Lebensmittelpreise ganz unbemerkt geblieben sein. Der Konsum hat sich so ziemlich nach allen Richtungen hin ausgedehnt; nur der Fleischkonsum ist infolge ungenügender Versorgung des Marktes auffallend zurückgegangen. Die hohen Fleischpreise waren noch nicht einmal so schlimm wie die ungenügende Fleischversorgung an sich.

Alles in allem muß für das Jahr 1906 eine weitere Steigerung des wirtschaftlichen Niveaus der Arbeiterbevölkerung konstatiert werden, die freilich geringer ist als 1905, die ferner im Verhältnis zu der Steigerung der geleisteten Arbeitszeit, endlich im Verhältnis zu dem Anteil des Kapitals an dem höheren Produktions-ertrage des Jahres 1906 ungenügend bleibt. Je mehr es den Arbeitern gelingt, das Angebot auf dem Arbeitsmarkte zu beherrschen, desto früher wird es ihnen möglich, eine Arbeitsmarktpolitik zu treiben, die unter gleich günstigen Marktverhältnissen wie den gegenwärtigen ihnen einen weit höheren Anteil am Produktionsertrage in Aussicht stellt, als dies im vergangenen Jahre der Fall war.

Der Wahlkampf und die Frauen.

An dem Ausfall der Reichstagswahl haben nicht nur die männlichen Arbeitsbienen, sondern auch, und zwar in erhöhtem Maße, deren Gefährtinnen ein lebhaftes Interesse. Denn mit allen Angelegenheiten, man kann wohl sagen, gleichviel, in welcher Art sich diese zeigen, haben die Frauen und Mädchen doppelt zu kämpfen. Zunächst ist's ihre Eigenschaft als Lohnsklavinnen, als Arbeitende, Dienende, in der sie ebenso wie ihre Männer, Brüder oder Söhne von einem unerfährlichen Unternehmertum ausgebeutet, erfahren und erkennen müssen, daß ihr Dasein nach der gegenwärtigen Wirtschaftsweise nur den Zweck hat, einigen „Auserwählten“ durchaus unverdienten Luxus zu verschaffen, während sie selbst, oft auch des Nötigsten bar, ihr kümmerliches Dasein fristen. Derjenigen jedoch, der selbst der Aufenthalt in dumpfer Fabrikluft die Erkenntnis der Ungerechtigkeiten dieser Welt nicht einzupflügen vermochte, der wird dann die ihr zugeschriebene Stellung als Mutter, als Hausfrau die Augen öffnen. Wenn sie dann mit dem fargen Lohn ihres Mannes haushalten soll, dann wird sie sehen, welchen Fehler sie mit ihrer Gleichgültigkeit gemacht hat. All die gewaltigen Summen, die die unsinnige Kolonial-, Militär- und Flottenpolitik verschlang, sind zu einem nicht gerade kleinen Teil mit von ihr aufgebracht worden durch die Entrichtung der direkten und indirekten Steuern, durch die Zölle selbst auf die unentbehrlichsten Nahrungsmittel. Alles das, was über die allgemeine Teuerung schon geschrieben wurde, empfindet die Hausfrau und Mutter mehr, als in den Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt. Sie ist's, die sich Tag und Nacht sorgen muß, wo sie des Leibes Nahrung für den kommenden Tag hernehmen soll. Auf ihr lasten alle Sorgen des täglichen Lebens. Und kein Lichtblick winkt ihr in diesem grauen Glend, wenn sie nicht selbst mit Hand anlegt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. Sehr viel kann sie dabei nützen, wenn sie selbst als unermüdliche Agitatorin für ihre ureigensten Interessen tritt. Wohl kann sie nicht an

Wahltag ihr Votum mit abgeben, aber sie kann ihre Angehörigen aufmuntern, für sie, die selbst rechtlos, einzutreten.

Mit zündenden Worten wendet sich Lily Braun in der „Neuen Gesellschaft“ an ihre Mitschweßtern, um diese zu bewegen, am Wahlkampf tätigen Anteil zu nehmen. Es heißt da: Die braujenden Klänge der Weihnachtsglocken verhalten — die Kriegsfanfaren des Wahlkampfes überlöteten sie. Sind es nur die Männer, die gerufen werden? Die deutschen Frauen müssen im Kampf ums Dasein ihre Kräfte aufreiben, so gut wie der Mann; wenn sie die Gesetze des Staates übertreten, werden sie gestraft, wie der Mann; von der Gestaltung dieser Gesetze hängt ein gut Teil ihrer Lebensgestaltung ab, durch die Einrichtungen der Gesellschaft wird ihre Existenz bedingt, genau so wie die des Mannes. Aber ein Recht, direkten Einfluß zu üben auf das, wovon ihr Wohl und Wehe abhängt — das haben sie nicht!

Schwerer als auf des Mannes Schultern lastet auf ihnen die Not des Lebens. Mit tieferer Bitterkeit als er empfinden sie, wie es täglich schwerer wird, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, denn der Anblick der schmalen, blassen Gesichter ihrer Kinder durchbohrt ihr Herz wie mit dem Schwert der schmerzhaften Mutter Maria.

Qualvoller als der Mann empfinden sie den Hüllenzirkel des Lebens der Armen: Arbeiten, um zu leben, und leben, um zu arbeiten. Denn die Organisation der Arbeit nimmt nur eine schwächliche Rücksicht auf ihr Geschlecht: Arbeiten müssen sie, wenn der zarte, junge Mädchenkörper der Schonung bedarf, arbeiten müssen sie, bis zur Erschöpfung, wenn der mütterliche Leib nach Pflege verlangt; arbeiten müssen sie, wenn der Säugling nach der naturgewollten Nahrung schreit. Und wenn der Mann anrufen darf vom Tagewerk oder seinen geistigen Hunger befriedigen, seinen politischen Horizont verbreitern, seinen Bürgerpflichten nachzukommen vermag, dann muß die Frau noch am Kochherd, hinter dem Waschfaß stehen oder gebeugt über dem Flickkorb sitzen, ihre Hausfrauenpflichten erfüllend.

Aber ein Recht, mit dem Wahlzettel in der Hand an der Verringerung dieser Zustände mitzuarbeiten — das haben sie nicht!

Und wenn sie arbeiten von früh bis spät und sich ehrlich und stolz erhalten wollen, ihr Lohn erreicht fast nie die Höhe des männlichen Verdienstes. Trotzdem müssen sie, deren Geschlecht die Dichter das zarte, leichtverletzliche nennen, allein für die Familie sorgen, wenn Trunksucht oder Arbeitslosigkeit den Mann erwerbslos machen. Gnädig gestattet ihnen der Staat dann wohl, als Ergänzung der Hungerlöhne ihren Leib zu verkaufen, wie ihre Arbeitskraft. Aber er verweigert ihnen den offenen Kampf für die Befreiung ihres Geschlechts aus Not und Schande!

In den Wüsten Südafrikas gleichen die Gebeine von mancher deutschen Mutter Sohn; und wie vielen, die heimkehrten, ist Körper und Seele zerstückt. Auf den Schlachtfeldern der Arbeit weinen hunderttausende Mütter um ihre Söhne und Töchter. Angesichts der selbstdurchlebten Daseinsqualen sehen sie zitternd der Zukunft ihrer Kinder entgegen. Aber der Staat, der von ihnen keine Bürger, keine Arbeiter und Soldaten empfängt, verweigert ihnen das Recht, ihre Mutterpflichten zu erfüllen!

Was soll also der Wahlkampf ihnen?! Sie können doch nichts als beiseite stehen und warten, wie die Frauen noch immer warteten, wenn der Krieg die Männer von ihnen riß!

So denken viele; — Männer und auch Frauen. Es ist so bequem, so zu denken; so beruhigend, alles Verantwortlichkeitsgefühl von sich abzuwälzen, nur die anderen anzuklagen und nie sich selbst!

Aber die Stunde hat wieder einmal geschlagen, die dröhnend aus Stumpfsein und Gedankenlosigkeit erweckt. Wenn unsere Vorfahren in den Wäldern Germaniens die Kriegsfanfaren der Römer hörten, dann griffen nicht nur die Männer zu den Waffen, auch die Frauen folgten ihnen und bildeten eine lebendige Mauer hinter

ihren Schlachtreihen. Sie trugen ihnen die Waffen zu; sie retteten Verwundete und Sterbende aus dem Gewühl; ihre Anwesenheit feuerte die Männer zur höchsten Tapferkeit an. Wenn aber trotzdem die Reihen der Kämpfenden sich lichtet, wenn die Gefahr wuchs — dann nahmen die blonden Weiber des Volkes selbst Schwert und Speer zur Hand und wurden zu Heldinnen, die die Sage der Vorzeit zu Walfüren verkörperte!

In einer solchen Zeit aber stehen wir heute. Nicht „Friede auf Erden“ kündete der Engel dieser Weihnacht. Er kam mit dem Flammenschwert und rief die Worte Christi, die er sagte, da er selbst im Kampfe seines Lebens stand: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“

Die Reichstagsauflösung hat das deutsche Volk vor die Frage gestellt: soll es so weiter gehen, wie bisher? Sollen Zölle und Steuern weiter aus dem Schweize der Massen herausgepreßt werden? Sollen die Körper vorzeitig zugrunde Gerichteter weiter die Erde düngen, auf daß der Baum üppig gedeihe, dessen Früchte nur den Herrschenden in den Schoß fallen? Soll die Zahl der lebensunfähigen Kinder, die heute dahin sterben wie die Feldblumen im Herbst, weiter zunehmen? Soll das arbeitende Volk um sein Recht auf Ruhe, auf Bildung, auf Glück weiter betrogen werden? Und — vor allem! — sollen diesem Volke noch mehr als bisher Hände, Füße und Zunge gefesselt werden, damit es nicht selbständig handeln, vorwärts schreiten und seine Wünsche, seinen Willen nicht laut lassen werden kann? Soll die Selbstherrlichkeit des Jarrismus, die ihren Thron auf Toten und Stimmen erbaut, die Zukunft Deutschlands sein?

Gibt es ein Weib, das von sich sagen dürfte, daß diese Fragen sie nichts angehen? Ihr Gefühl und ihr Geschlecht appellieren zu gleicher Zeit an ihre Tatkraft! Ihr Gefühl, das für Leidende, Darbende und Unterdrückte eine laute Sprache spricht, das sich noch immer hinwegsetzte über Kleinlich-ängstliche Verstandesgründe der Männer und des rechten Weges sich stets bewußt war: ihr Geschlecht, das die Macht der Mutterliebe zur Triebfeder menschenbefreiender Kräfte zu machen vermag. Aber seht das Geßel ihrem Wirken nicht enge Schranken?! Wenn der Wille stark ist, vermag sie ihrer zu spotten!

Wohl darf sie nicht selbst den Vertreter ihrer Interessen in den Reichstag wählen. Aber sie kann ihren Arbeitskollegen, ihren Bruder, ihren Freund, ihren Geliebten, ihren Gatten, ihren Sohn mit dem Feuer ihres Willens, ihres Glaubens und Hoffens erfüllen. So werden statt der einen, die nicht wählen darf, ihrer viele als ihre Vertreter an die Wahlurne treten. Wohl kann sie sich nicht wählen lassen, aber sie kann die Wahl desjenigen Kandidaten beeinflussen, der ihre Interessen und die ihrer Kinder vertritt. Viele Wege stehen ihr dafür offen: neben der Agitation von Mund zu Mund, bei Nachbarn und Freunden, kann sie redend und schreibend, Flugblätter austeilend, Säumige sammelnd zu wirken suchen. Wer aber wird es sein, für den sie wirkt? Wird die unaufgeklärte, von Gefühlen wesentlich beherrschte Frau nicht das Opfer jedes Schönredners werden? Wir glauben es nicht. England und Amerika und Australien, wo die politische Tätigkeit der Frau eine weitverbreitete ist, beweisen, daß gerade ihr Gefühl sie zu bewußten Vorkämpferinnen radikalsten Fortschritts zu machen pflegt; und die Geschichte lehrt, daß, wo Frauen in die Arena des öffentlichen Kampfes traten, es fast immer die Freiheit war, für die sie kämpften bis zum Kreuze, bis zum Schafott. Die Massen der Proletarierinnen, die die Lehre vom Klassenkampf und seinen zerstörenden Wirkungen vom Schulmeister Leben eingebläut bekamen, ehe sie in Büchern und Zeitungen Erkenntnis zu schöpfen vermochten, werden der Sozialdemokratie nicht nur Meerföge leisten, sondern ihre Fahnenträger sein. Und wo wirklich hier und da Frauen des Bürgertums in den Kampf treten, da wird es wesentlich eine Parole sein, die sie dazu treibt: „Wider die Reaktion, die

Frieden und Wohlfahrt bedroht, die das Volk aushungern und entreden will!“

Ein Weihnachtsgeschenk der Regierung an das Volk war die Reichstagsauflösung; ein wahrhaft kaiserliches Geburtstagsgeschenk des Volkes an die Regierung sollen die Wahlen vom 25. Januar sein: die Eroberung der Souveränität durch das Volk für das Volk. Darauf beruht die Zukunft Deutschlands, seine Prosperität, seine Sicherheit im Innern und nach außen. Die Frauen, die dafür kämpfen, haben auch für ihr Geschlecht gekämpft, das nur dann der vollen Bürgerrechte teilhaftig werden wird, wenn das Volk selbst sie zu vergeben hat. Die Frauen aber, die untätig abseits stehen, oder die gar, widernatürlich, auf der Seite derer zu finden sind, die an der Not des Volkes die Schuld tragen, beleidigen ihr Geschlecht in dem Höchsten und Tiefsten, das in ihm wohnt: in seiner Mutterliebe.

Die brauenden Akkorde der Weihnachtsklöden verhallen — die Kriegsanfänge des Wahlkampfes übertönen sie. Auch an Euch, Ihr Frauen, ist es, zu beweisen, daß der große Moment kein kleines Geschlecht gefunden hat.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen im Jahre 1905.

Von Luise Zick.

Eine der erfreulichsten Erscheinungen innerhalb der modernen Arbeiterbewegung ist die rapide, geradezu sprunghafte Zunahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter während der letzten Jahre und vor allem auch im Jahre 1905.

Im Jahre 1904 betrug ihre Zahl 1 052 108 bei einer Zunahme gegen das Vorjahr um 164 410 = 18,5 Prozent.

Im Jahre 1905 war diese Zahl emporgeschwollen auf 1 334 803, also eine Zunahme von 292 695 = 27,8 Prozent. Erfreulicherweise partizipieren daran die weiblichen Arbeiter mit 74 411 Mitgliedern in 35 Verbänden. Das ist, im Vergleich zu dem weiblichen Mitgliederstand vom Jahre 1904 (48 604), eine Zunahme von 25 807 = 53,1 Prozent. Das „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften (Nr. 31 des 16. Jahrgangs), dem wir diese Zahlen entnommen haben, bemerkt dazu, daß die Tendenz zur Zunahme bei der weiblichen Mitgliedschaft auch im Laufe des Jahres angehalten habe, so daß im vierten Quartal 1905 ihre Zahl auf 89 431 angewachsen sei. Auch scheint es, als wenn eine gewisse Stabilität in dem weiblichen Mitgliederstand eingetreten sei.

Weides sind überaus erfreuliche Erscheinungen, die sicher beide gleich hoch zu bewerten sind. Mancher wird sogar die zunehmende Stabilität mit größerer Freude begrüßen als die absolute Zunahme der Mitglieder. Kehrt doch gerade in bezug auf die weiblichen Mitglieder immer und immer die Klage wieder: „Gewonnen sind sie schon, aber sie in der Organisation zu halten, ist so schwer.“ Für den gewerkschaftlichen Kampf bedarf man aber zuverlässiger Truppen und nicht „unsicherer Kantonnisten“.

Die größere Stabilität des weiblichen Mitgliederbestandes bewirkt also, ebensosehr wie die Erhöhung der Mitgliederzahl, eine vermehrte Aktionsfähigkeit und Stohkraft der Gewerkschaften. Das aber ist die notwendige und wichtige Vorbedingung für den siegreichen Ausgang wirtschaftlicher Kämpfe und damit für die Eringung wirtschaftlicher Vorteile. Höher jedoch als die praktische Bedeutung der größeren Stabilität des weiblichen Mitgliederbestandes schätzen wir die steigende theoretische Erkenntnis, die Stärkung des Klassenbewußtseins, des Solidaritätsgefühls, wofür sie gleichfalls Zeugnis ablegt.

Denn das gibt uns die Gewähr, daß die weiblichen Arbeiter auch über die Errettung von Gegenwartsforderungen, über die Vertretung von Augenblicksinteressen hinaus sich am Klassenkampf beteiligen werden; ja mehr noch: daß sie sich bemühen werden, neue Kampfesgenossinnen werden zu helfen. Das aber tut so unendlich not. Ist es doch ein ungemein großes Feld, welches hier der Weaderung harret. Die 74 411 weiblichen Gewerkschaftsmitglieder sind erst 7,9 Prozent der organisationsfähigen weiblichen Arbeiterkraft, das heißt wenn wir die Zahlen der Gewerbezahlung von 1895 zugrunde legen. Heute jedoch ist die Zahl der Berufsarbeiterinnen bei weitem höher und noch im ständigen Wachsen begriffen. Das beweisen uns alljährlich die Fabrikinspektionsberichte, das lehrt uns der Augenschein, die praktische Erfahrung.

Da erfahrungsgemäß indifferente, unorganisierte Arbeiterinnen als Lohnrücker und Streikbrecher ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern gegenüber ausgespielt werden, so ergibt sich schon hieraus

die Notwendigkeit einer unausgesetzten, unermüdeten Agitation unter ihnen.

Die starke Zunahme der Organisierten im letzten Jahre ist sicherlich in erster Linie — wenn auch nicht allein — auf das Konto der intensiveren Agitation zu setzen, einer Agitation, die an der Arbeitsstätte von den bereits Organisierten, die in der Öffentlichkeit von den in Frage kommenden Instanzen betrieben wurde. In dieser Agitation haben ferner alle unsere Genossinnen, die in den letzten Jahren an den einzelnen Orten sich in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt haben, ihr redlich Teil beigetragen. Sie haben unermüdet und mit zäher Ausdauer die so notwendige Kleinarbeit verrichten helfen.

Der Samen der Aufklärung aber fand überall einen gelockerten und aufnahmefähigen Boden. Unsere wirtschaftlichen und politischen Zustände haben diese Vorarbeit geleistet.

Der Lebensmittelwucher flachtelt die Arbeiterkraft geradezu auf zu Lohnkämpfen: durch Lohn-erhöhung muß wenigstens zum Teil wieder wett gemacht werden, was durch den Zollwucher entziffen ward. Damit ist dann die Notwendigkeit des Zusammenstufes ohne weiteres gegeben.

Die Ausperrungstaktik der Unternehmer hat unsere Aufklärungs- und Organisationsarbeit vorzüglich unterstützt und gefördert, nicht zum mindesten bei den Frauen und Mädchen. Sie hat Tausenden dadurch die Augen geöffnet, daß sie „Christen“, „Patrioten“, Indifferente und „Lohnstürzer“ gleich rücksichtslos aufs Pflaster wirft und damit just die Unorganisierten am schwersten trifft, die sich in der Organisation keinen Rückhalt geschaffen haben gegen die Geißelstöße der herrschaftswütigen, profitillsternen Kapitalmagagnaten. Die immer größer werdende Zahl der Opfer, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit alljährlich Gesundheit und Leben einbüßen, prägt so manchen und so mancher die Erkenntnis ein, daß der vielgerühmte Arbeiterschutz nur zu oft toter Buchstabe bleibt, wenn nicht die Organisation als „Gendarm“ dahinter steht und seine Innehaftung überwacht.

Wir haben hier nur einiges aus der Tatsachensfülle herausgegriffen, um zu zeigen, wie viele Umstände zusammenwirken, um die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Organisationsarbeit zu schaffen.

Dies Zusammenwirken planmäßig zu fördern, das vorhandene Agitationsmaterial flug und geschickt weiter bei intensiver Agitation auszunutzen, wird für die Zukunft unsere Aufgabe sein. Und da möchten wir einen Wunsch äußern, der vielleicht von den in Frage kommenden Organisationen als Anregung nicht unbeachtet gelassen wird. Es möge mehr als bisher Gewicht darauf gelegt werden, daß die weiblichen Arbeiter zur Mitarbeit in der Organisation herangezogen werden, und daß das Material über die Lage der weiblichen Arbeiter nicht nur zur mündlichen, sondern auch zur schriftlichen Agitation im Verbandsorgan Verwendung finde. Dadurch wird den weiblichen Mitgliedern das Verbandsorgan lieber und werthvoller werden. Der Zusammengehörigkeitsgedanke wird gefestigt und die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge wird gefördert. Dabei wird nicht nur an der Verbreitung der Bewegung, sondern auch an ihrer Vertiefung gearbeitet und damit dem Ziel zugesteuert, daß innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation die weiblichen Arbeiter ein ebenso wichtiger Faktor werden, wie es im Produktionsprozess die weibliche Arbeitskraft bereits ist. („Gleichheit“.)

Das Wahlrecht und der Kost- und Logiszwang.

Der Leser wird sich fragen, welcher Zusammenhang mag zwischen diesen beiden Materien zu suchen sein. Leider sind diese Fragen eng miteinander verknüpft. Der Arbeiter, welcher gezwungen ist, unter diesem System zu fronen, erleidet nicht nur direkten materiellen Schaden durch überaus lange Arbeitszeit, schlechten Verdienst, schlechte Wohnung und miserable Kost, sondern er ist auch in seinen übrigen Rechten unfrei und bebormundet, wie ein kleines Kind. Schon des öfteren sind Beispiele angeführt worden, wo den betreffenden Arbeitern das Ausbleiben über die zehnte Arbeitsstunde hinaus verboten war. Einen Hauschlüssel zur freien Verfügung gibt es nicht und wird damit jede selbständige Bewegung des Arbeiters unterbunden. Deshalb ist es auch schwer, diese Leute zu Versammlungen und noch schwerer, sie zur Organisation heranzuziehen. Ausgeschlossen ist es, solche Arbeiter zur Mitarbeit auf politischen Gebiete zu gewinnen. Damit erklärt sich auch die große Indifferenz, womit solche Arbeiterflaven belastet sind. Dort, wo der Meister seinen Einfluß ausüben kann, unterläßt er es nicht und sucht auch seine Gehülfen in den Dienst seiner politischen Ansichten zu zwingen. Oder aber, er verbietet ihnen, zur Wahl zu gehen und damit ihr Recht als freier Bürger eines Staates auszuüben. Leider ist zu ver-

zeichnen, daß es in diesen Kreisen einen großen Teil Arbeiter gibt, welche gar nicht einmal wissen, daß sie das Recht haben, an dem Tage der Reichstagswahl ihre Stimme abzugeben. Die Bevormundung der Meisterei hat eben keine Grenzen. Es sei also nochmals darauf hingewiesen, daß auch die Arbeiter, welche dem Kost- und Logiszwang unterworfen sind, sich an den Reichstagswahlen beteiligen können, sobald sie das 25. Lebensjahr erreicht haben.

Man gibt es aber noch eine andere Erklärung für die Verbreitung dieser irrthümlichen Meinung und zwar die, daß tatsächlich in einzelnen Bundesstaaten den Arbeitern, welche im Kost- und Logiszwang arbeiten, das Wahlrecht zu den Landtagen vorenthalten wird. Solche Bestimmungen herrschen gegenwärtig noch im Königreich Sachsen, im Großherzogtum Oldenburg, in den Herzogtümern Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, sowie in den Fürstentümern Meuß ältere und jünger Linie und Waldeck.

So wird also der Arbeiter entrechtet auf politischem Gebiete. Nicht genug damit, daß die Bevormundung des Arbeitgebers wie eine schwere Bürde auf den Arbeitern lastet, nein, auch der Vater Staat trägt zur Entrechtung Tausende von Arbeitern bei. Würden die sonstigen Zustände innerhalb der Betriebe, in denen der Kost- und Logiszwang herrscht, wirklich noch zu ertragen sein, so wäre schon die Tatsache, daß einem Teile der Arbeiter das Wahlrecht vorenthalten wird, Grund genug, dieses unfaire System zu bekämpfen.

Jahresbericht des Gaus 15.

Ein Jahr des Kampfes liegt nun hinter uns. Von den 12 Zahlstellen des Gaus standen 5 in Lohnbewegungen. Leider war es trotz aller Anstrengungen auch in diesem Jahr nicht möglich, die vom letzten Gantag aufgestellten Forderungen voll und ganz durchzubringen. Der riesige Tiefstand in der seitherigen Entlohnung bringt es mit sich, daß wir nur schrittweise unsere aufgestellten Forderungen, neunstündige Arbeitszeit und 40 Pfennig Minimallohn, durchbringen können. Ein nicht kleiner Teil der Kollegen der Provinz steht dem Verband apathisch gegenüber und erinnert sich erst einige Tage vor Lohnbewegungen, welche Bedeutung der Verband wohl haben werde. Sind dann die Kollegen ein paar Tage im Verband, dann soll gleich mit Siebenmeilenstiefeln alles wieder gut gemacht werden, was Indolenz und Nachlässigkeit die Jahre hindurch an der ganzen Kollegenschaft gesündigt hat. Zum Schluß erlebt man dann noch das Trauerspiel, daß nach Beendigung der Bewegung eben diese vorher so zum Vorschlag drängenden Elemente dem Verband den Rücken kehren, wie wir das leider jetzt in La hr zu sehen bekommen. Bei der Firma Wagemann in La hr kam es im Frühjahr zu einer Lohnbewegung. Gefordert wurde neunstündige Arbeitszeit, zehnprozentige Lohnerhöhung und Bezahlung der Feiertage. Alles das sind Forderungen, die die in demselben Geschäft tätigen Lithographen und Steinbrucker bereits errungen haben. Am ersten April fand eine Versammlung statt, die den Ausführungen des Kollegen Dietrich begeistert zustimmte. Die eingereichten Forderungen wurden jedoch von Wagemann mit der Begründung zurückgewiesen, die Buchbinder seien noch nicht reif für den Neunstundentag. Der Verlauf der Bewegung schien Wagemann recht zu geben. Nachdem die Firma sich halbtätig zeigte, in den Nachmittagen nach Arbeitskräften infizierte, zogen es die leitenden Personen der Bewegung vor, sich nach Stellung außerhalb La hres umzusehen und die Bewegung gerade im entscheidenden Moment im Stiche zu lassen. Damit war der Bewegung das Rückgrat gebrochen. Ein derartiges Verhalten muß auf das schärfste verurteilt werden. Trotz des Mißerfolges der Buchbinder unternahmen nun die Kartonnager eine Lohnbewegung, die auch Erfolge zeitigte. In drei großen Versammlungen, wie sie die La hrer Kartonnager noch nie gesehen, referierte der Gaubevollmächtigte über unsere Forderungen und präziserte unsere Stellungnahme. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters gelang es, ohne Streik 5-10 Proz. Lohnerhöhung durchzusetzen, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit festzulegen und Bezahlung der Überstunden mit 20 Proz. Zuschlag zu erlangen. So gering die Zugeständnisse waren, kostete es doch 14 stündigen Kampf bei den Unterhandlungen, um dieses Resultat zu erzielen. Einer Festsetzung von Minimallöhnen standen die Prinzipale geschloffen gegenüber. Leider mußte konstatiert werden, daß selbst diese geringen Zugeständnisse bei ihrer Einführung am 1. Oktober Widerstand fanden und erst ein eintägiger Werkstreik konnte Nennendes schaffen. Infolge der Lohnbewegung stieg die Mitgliederzahl rapid. Die Prinzipale, die während der Bewegung wohl den Verband anerkannten, suchen jetzt mit allen Mitteln ihn zu schwächen. Die Abrechnung des 3. Quartals zeigte, daß dieselben bei einer Anzahl charakteristischer Mitglieder auch Erfolg hatten. Ueber

50 Mitglieder traten nach und nach aus, nachdem sie müheelos die Früchte der Tätigkeit des Verbandes erhalten hatten.

In Ö p p i n g e n lief der vorige Jahr geschlossene Tarif im Oktober ab. Veinabe schien es, als ob absolut nichts mehr zu erreichen sei, so teilnahmslos standen anfangs die Kollegen ihren eigenen Interessen gegenüber. Bei der Lohnbewegung wiederholte sich das La hrer Beispiel, die führenden Kollegen rissen aus und nahmen Stellung im gesperrten Stuttgart. Trotzdem wurden Lohnerhöhungen erreicht. Leider fielen die Forderungen für die Arbeiterinnen. Unsere nächste Aufgabe muß sein, die Ö p p i n g e r Arbeiterinnen aufzuklären, sie zu organisieren, so daß auch sie in tarifliche Abmachungen mit inbezogen werden können. Alle Mühe, sie zum Anschluß an die Bewegung zu bringen, scheiterte an der Indifferenz der Arbeiterinnen. Jetzt bricht sich allerdings die Erkenntnis bei ihnen Bahn, daß auch für sie etwas zu holen gewesen wäre, nachdem sie sehen, wie es den Gehilfen gelang, Verbesserungen durchzusetzen.

Eine wohl vorbereitete Bewegung brachte den P o r z h e i m e r n Erfolg. Jahrelang war jede Agitation unter den Etuisarbeitern erfolglos. Endlich sollte die zähe Arbeit der Zahlstelle belohnt werden. Angeregt durch die Lohnbewegung der Goldarbeiter traten auch die Etuisarbeiter mit Forderungen auf. Neunstündige Arbeitszeit und zehnprozentige Lohnaufbesserung war der Erfolg. Auf über 500 Mitglieder stieg die Zahlstelle. Die Versammlungen, in denen Dietrich-Stuttgart referierte, waren sehr gut besucht. Feste Minimallöhne zu erzielen, gelang nicht. Das muß jetzt nächstes Ziel sein.

Auch unsere G m ü n d e r Etuismacher fanden es zeitgemäß, einmal hervorzutreten. Die Bereitwilligkeit unorganisirter Kollegen verhinderte jedoch bessere Ausnutzung der günstigen Situation und so mußten sie sich mit der neunstündigen Arbeitszeit als Errungenschaft begnügen. Die Bemühungen des Gauleiters, durch Besprechungen mit den einzelnen Prinzipalen noch mehr herauszuholen, waren vergeblich. Die Prinzipale brachen sich auf die vor den öffentlichen Versammlungen mit ihrem Personal verabredeten Abmachungen. Für das nächste Mal werden sich wohl die Kollegen merken, daß sie besser daran tun, die Beschlüsse der Versammlung abzuwarten und lieber vorher Besprechungen mit Gau- und Zahlstellenvorstand in die Wege zu leiten, als planlos Abmachungen zu treffen. Ein Skizzenbuch ist bemerkenswert: Einer der fünf Prinzipale erklärte dem Gauleiter, daß er die neunstündige Arbeitszeit einführen wollte, jedoch sein frommer Arbeiter wollte lieber 9 1/2 Stunden in der Werkstatt sein und bereitete des Meisters Absicht. Da die Gmünder Lohnbewegung zeitlich mit der La hrer zusammenfiel, war der Gaubevollmächtigte einmüde verhindert, nach Gmünd zu gehen. Für ihn sprangen in anerkannter Weise die Kollegen Dietrich- und Frey-Stuttgart ein.

Ueber die Aussperrung in Stuttgart zu berichten, ist hier überflüssig. Die Wägen des großen Kampfes dürften noch in lebhafter Erinnerung sein.

Die von den Stuttgarter Kontobucharbeitern im Oktober eingereichten Forderungen stehen noch im Stadium der Durchberatung. Die bisher bei den Verhandlungen erzielten Resultate lassen auf ein günstiges Schlussergebnis hoffen.

Der Aufforderung des Verbandsvorstandes gemäß wurde eine kräftige, lebhafteste Agitation während der Aussperrung entfaltet. Mit Ausnahme von Freiburg fanden in allen Zahlstellen öffentliche Versammlungen mit zum Teil sehr schönem Erfolg statt. Als Referenten waren die Kollegen Lange-, Dietrich-, Schopper-, Banghaf-Stuttgart und Weimäder-Starkruhe tätig.

Durch starke Gleichgültigkeit zeichnete sich hierbei Freiburg aus. „Das hat bei uns wenig Wert.“ urteilte man dort über eine Versammlung, die sich mit der Aussperrung beschäftigen sollte. Hoffentlich zeigen in Zukunft die Kollegen mehr Interesse am Verbandsleben und sorgen dafür, daß nicht die Zahlstelle des christlichen Verbandes, sondern die unfriede die stärkste ist. Gegenüber der öffentlichen Versammlung, in welcher Kollege Güth referierte, zeigten die Christlichen tatsächlich mehr Interesse wie unsere Leute. Und dabei wundern sich die Kollegen, wenn die Zahlstelle keine Fortschritte macht.

In H e i l b r o n n konnte wohl verhältnismäßig am leichtesten etwas erreicht werden, während die dortigen Kollegen auch nur einen kleinen Funken Energie zeigten. In der Geschäftsbücherei von Vaier u. Schneider, dem größten Geschäft in Heilbronn, werden wohl auch die niedrigen Löhne bezahlt. Und diese Kollegen dort bringen es auch noch fertig, den Verbandsfunktionären das Leben so fauer wie möglich zu machen. Die vorjährige Bewegung ging an der Teilnahmslosigkeit der Kollegen zugrunde und auch für dieses Jahr konnte nichts erreicht werden. Die letzte öffentliche Versammlung, in welcher der Gaubevollmächtigte referierte, bot wenigstens einen Trostblick für die Zu-

kunft. Gewann man doch den Eindruck, als ob sich die Kollegen jetzt aufrufen, um energisch dem Schlandrian zu Leibe zu rücken. Wenn die Verbandsfunktionäre sich nicht entmutigen lassen, werden sie auch in Heilbronn Erfolge erzielen.

Sehr zerkümmerte Verhältnisse herrschten zu Anfang des Jahres in Ö p p i n g e n. Der frühere Vorsitzende vernachlässigte absichtlich die Zahlstelle und trat später aus dem Verband aus. Eine öffentliche Versammlung während der Aussperrung verdoppelte nahezu die Mitgliederzahl. Sehr teuer scheint in Ö p p i n g e n Tinte und Papier zu sein, denn auch die neue Verwaltung spart stark mit den Antworten auf Anfragen des Gauvorstandes.

Trotz der mit kleinstädtischen Werkstabenverhältnissen verbundenen Schwierigkeiten, haben die K a r l s r u h e r sich stets sehr gut gehalten und reges Interesse an allen Vorkommnissen des Verbandslebens gezeigt.

Einen bedauerlichen Rückgang zeigt die Zahlstelle K o n s t a n z. Nach den Mitteilungen, die dem Gauvorstand zugehen, herrschen dort gefährliche Zustände. Die dortigen Kollegen müssen für Abänderung sorgen. Das ganze Jahr hindurch kann man im Leoschen Anzeiger Inserate um Nichterbändler nach Konstanz finden. Die Prinzipale scheinen sich so der tariflichen Abmachungen entledigen zu wollen.

Eine Reihe gesinnungsschwacher Kollegen hat auch tatsächlich dem Verband den Rücken gefehrt, um die Liebe der Prinzipale zu gewinnen. Ein anderer Teil schiebt die Schuld an diesen Verhältnissen persönlichen Streitigkeiten zu. Anstatt auszutreten, würden diese Kollegen sich ein Verdienst erwerben, wenn sie die Zwistigkeiten aus der Welt bringen würden. Wenn es so weiter geht, wird wohl bald die Zahlstelle der Auflösung verfallen.

Wie es einmal war der Bestand der Zahlstelle N i m gefährdet. Unliebsame Streitereien verhindern jeden Fortschritt. Daß die tariflichen Abmachungen nicht voll von den Prinzipalen eingehalten werden, nimmt daher nicht Wunder.

Trotz der Errungenschaften der K e u t l i n g e r im vorigen Jahre, ist das Verbandsleben nicht auf der Höhe der Zeit. Auf Veranlassung des Zahlstellenvorstandes sah sich der Gauvorstand gezwungen, den Kollegen einmal ernstlich ins Bewußtsein zu reden. Kommt es doch vor, daß diejenigen, welche durch Einführung des Tarifs am meisten profitierten, — 6 bis 8 Mk. mehr Lohn pro Woche erzielten — die säumigten Zahler waren und dem Kassierer eine geordnete Geschäftsführung überaus erschwerten.

Es zeugt von nicht viel Charakterstärke, die Vorteile einer Bewegung einzuschleimen, und von feiner verdammt Pflicht und Schuldbigkeit sich zu drücken. Soll Errungenes ausgebaut werden, dann müssen Opfer gebracht werden.

Der Verkehr mit den E i n z e l m i t g l i e d e r n gestaltete sich sehr lebhaft. Kleine Freude bereiteten jedoch die sich notwendig machenden Mahnungen an die Mitglieder, ihre Beiträge rechtzeitig zu entrichten. Auch könnten die Einzelmitglieder sehr leicht den Gauvorstand bei der Agitation unterstützen durch Auffuchen der Unorganisirten und Aufklärung derselben über unsere Ziele. Die Proschüre des Verbandsvorstandes leistet hierbei zweckentsprechende Dienste und findet auch meist guten Anklang. Namentlich Kartonnager- und Etuismacher, mit denen man vielfach auch nicht die geringste Verbindung hat, könnten durch Hausagitation weiteren Schritten zugänglich gemacht werden. Sehr gut hat sich S c h w e n i n g e n entwickelt, wo jetzt fast alle Kollegen organisiert sind. Wenn mit dem gleichen Eifer wie in Schweningen auch in den anderen Schwarzwaldbarten gearbeitet wird, können wir prächtige Erfolge verzeichnen. Namentlich in T r o s s i n g e n dürfte noch so manches zu machen sein. Im Fürstentum „Hägel“, in G e i s l i n g e n, will es immer noch nicht gelingen, mit der Organisation große Fortschritte zu machen. Die im Stummischen Geiste regierte Fabrik verbietet in ihrer Fabricordnung den Arbeitern die Zugehörigkeit zu Vereinen, die den „Ansturz der Staats- und Gesellschaftsordnung“ herbeiführen wollen. Die württembergische Landtagswahl, die auch in Geislingen zeigte, daß es nicht ewig düster in den Klöpfen bleibt, wird, so hoffen wir, auch noch als Resultat die Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisationen bringen.

Die Gesamtmitgliederzahl des Gaus ist durch die Lohnbewegungen erheblich gestiegen. Hoffentlich hält das in den nächsten Jahren so an. Die Zeit der Ruhe für die drei Tarifstädte muß dazu benutzt werden, Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Provinz so zu verbessern, daß sie den drei Städten möglichst nahe kommen.

Infolge des am 13. Januar in Karlsruhe stattfindenden Gantages ist es nicht möglich, den Massenbericht hiernit zu geben, es sollte dieser Bericht noch vor dem Gantag in der Zeitung erscheinen. Derselbe wird auf dem Gantag gegeben werden.

Stuttgart.

Karl Banghaf.

Zeitrauen.

(Schluß.)

Die Berufsangehörigen der Provinz wollen materielle Vorteile sehen, schreibt in Nr. 46 Bdr. Hg. Das ist richtig. Wir müssen versuchen, allerorts, wo uns ein Vorgehen ermöglicht ist, dieses auszunutzen. Denn nur dadurch erst werden wir die uns fehlenden Massen zur Organisation erhalten, ihnen das fehlende Vertrauen einflößen. Auch in den Tarifstädten gewann die Kollegenchaft erst das Vertrauen zur Organisation mit dem Augenblick, als man durch die Tarifbewegungen den Berufsangehörigen materielle Vorteile verschaffen konnte. Und dieses Verhalten finden wir auch in anderen Organisationen. In unserem Verband ist ein Vorgehen nur mehr erschwert, weil wir die verschiedenen Nebenbranchen mit ihrer großen Zahl Hilfskräfte mit zu berücksichtigen haben.

Dieser Umstand wird uns auch auf Jahre hinaus noch hindern, die Verschmelzung der Zentralfrankenkasse mit dem Verband als für uns nutzbringend anzusehen, sowie die Verwirklichung graphischer Unionen zu erreichen.

Die Verschmelzung der Zentralfrankenkasse mit dem Verband würde uns durchaus nicht den Aufschwung bringen, den sich manche Kollegen erhoffen.

Ganz abgesehen davon, daß ich den Standpunkt, die Zentralstellen hätten sich überlebt, nicht teilen kann, weil ich nicht davon überzeugt bin, daß die Selbstverwaltung, die wir z. Bt. in den Ortsstellen besitzen, für uns weder von langer Dauer sein wird, noch weniger aber erweiterungsfähig ist. Es hat ja ohne Zweifel etwas für sich, wenn man sich mit dem Gedanken befaßt, durch die Verschmelzung wäre allen Berufsangehörigen geholfen, indem auch solche Aufnahmen finden, die auf Grund von Defekten an ihrem Körper z. Bt. in der Zentralfrankenkasse naturgemäß nicht aufgenommen werden können. Aber vergegenwärtigen wir uns unsere Berufsverhältnisse, so finden wir, daß 9/10 der ledigen Kollegen nur einer „befreienden Kasse“, entweder nur der Zentralkasse, in den meisten Fällen jedoch der Gemeinde-, Orts- oder Fabrikasse angehören. Und erst in den späteren Jahren, kurz vor oder nach der Verheiratung suchen sich die Kollegen doppelt zu verschieren. Das geht ganz naturgemäß vor sich und liegt eben nur in den Verhältnissen begründet. Könnte durch die Verschmelzung den Berufsangehörigen die Befreiung von einer gesetzlichen Kasse geboten werden, so wäre diese Frage längst in diesem erwünschten Sinne entschieden. So aber können wir den Verbandsmitgliedern, die wir zum Teil haben, zum großen Teil noch gewinnen wollen, aber nur einen Verdienst von 9 bis 14 Mark haben, kaum zumuten, den damit verbundenen hohen Beitrag zu zahlen, weil sie eben doch noch einer befreienden Kasse angehören müssen. Die Kartonbranche z. B. würde damit für uns ganz ausscheiden. In dieser Branche herrschen trotz ununterbrochener guter Geschäftslage leider die niedrigsten Löhne. In diesen Kreisen habe ich vielfach die Anschauung gehört, daß die Meiste- und Arbeitslosenunterstützung für sie gar keinen Zweck habe, daß aber durch Umwandlung der Meisteunterstützung in Erwerbslosenunterstützung der Verband sie mit der übrigen Kollegenchaft gleichstelle. Ich bin kein Schwärmer für diese Erwerbslosenunterstützung und war auf dem Verbandstag in Dresden noch Gegner davon. Aber den Tatsachen kann sich niemand verschließen und wir haben unsere Unterstützungsmaßnahmen so einzurichten, daß alle Branchen möglichst im gleichen Maße im gegebenen Falle Anteil nehmen können. Gewiß wird auch für die Kartonbranche die Zeit kommen, wo der Höhepunkt überschritten, und diese Kollegen mehr mit der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, z. Bt. ist das aber nicht der Fall. Nach Lage der Sache meine ich, ist die Verschmelzungsfrage viel zu verfrüht, wenn schon auch ich den Wunsch hätte, die unsauberen Elemente, die ja leider sich in der Zentralfrankenkasse der Tendenz der Kasse nach zu unrecht — einengen lassen, zwingen könnte, brauchbare und nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu werden.

Aber solche schmerzliche Erscheinungen dürfen für uns nicht Anlaß sein, die gegebenen Verhältnisse, die vorliegenden Tatsachen zu übersehen. Aber wir sind noch nicht so weit vorgedrungen, daß wir die Krankenunterstützung in der Weise zur Einführung bringen können, sondern haben uns erst die Wege zu ebnen. Und dieser Weg kann nur der sein, zu versuchen, die uns fehlenden Kreise zu kräftigen, finanziell so zu gestalten, daß der zu erhebende Beitrag auch in dem Rahmen des Möglichen liegt.

Wir können uns nicht, wie ich anfangs schon anführte, mit den Buch- und Steindruckern vergleichen. Bei diesen kommen nur gelernte Arbeiter in Frage, auf Grund dessen diese für ihre Berufsangehörigen bessere Lohnverhältnisse schaffen konnten. Eifersucht gegen diese Organisationen zunächst in letzterem

Punkte nach, dann wird das andere von selbst sich schaffen lassen.

Genau so verhält es sich mit dem Traume von graphischen Unionen. Es paßt hierfür diese selbe Begründung. Warum denn in die Ferne schweifen, wo uns das Gute viel näher liegt.

Unsere Parole der fünfjährigen Tarifpause kann nur lauten: Agitation, Organisation, Bessern in die Lohnverhältnisse eingreifen und den Verband in Bezug auf Unterstützungsmaßnahmen so auszugestalten, wie es uns unsere internen Branchenverhältnisse gebieten.

Ist erst die Arbeit verrichtet, dann können und werden wir den Wünschen der ihrer Zeit vorausgeeilten Kollegen Rechnung tragen können, ja ich meine sogar, diese Wünsche werden dann von selbst als Notwendigkeit an uns herantreten. Δ

Was lehren uns die letzten Kämpfe?

Unter diesem Titel veröffentlicht Kollege Gash, Offenbach, in Nr. 47 der „Buchbinder-Zeitung“ einen Artikel, der scheinbar in den Kollegenkreisen wenig Beachtung gefunden hat. In unserer Zahlstelle wurde der Artikel zur Diskussion gestellt und die angeregten Gesichtspunkte einer Kritik unterzogen. Das Resultat sollte veröffentlicht werden, denn es ist in Hinblick auf den kommenden Verbandstag von Nutzen, wenn sich die weiteren Kollegenkreise mit unserer Zukunftsarbeit befassen. Der wichtigste Punkt ist wohl die Frage der Staffelleistungen. Bei Beratung dieser Forderung plätkten die Geister scharf aufeinander. Wohl muß anerkannt werden, daß die eingeführten Staffelleistungen bei einzelnen Organisationen gute Resultate gezeigt haben. Doch können wir uns diese angeführten Verbände, die der Maurer, Zimmerer usw. zum Vorbilde nehmen? Diese Frage werden die meisten Kollegen mit „Nein“ beantworten. Denn diese Organisationen sind in sich doch schon so weit gefestigt, daß sie nicht mehr wie wir ihr Hauptaugenmerk auf die Agitation zu richten haben. Für uns wäre die Einführung der Staffeln geradezu die Unterbindung der erfolgreichen Agitation. Haben nicht die meisten Zahlstellen in der Hauptstadt mit den alten in sogenannten besseren Stellungen sich befindenden Kollegen zu kämpfen? Diese nun, welche schon jetzt nur sehr schwer unseren Bestrebungen zugänglich sind, wären dann, wenn sie die höchsten Beiträge zahlen sollten, ohne auf eine entsprechende Gegenleistung rechnen zu können, für unseren Verband verloren. Und diese bringen den Zahlstellen bei Bewegungen den meisten Schaden. Ich erinnere nur den Kollegen Gash an die ihm jedenfalls bekannten Zustände in der Großbuchbinderei J. B. Schmidt in Mainz. Wäre aber eine entsprechende Gegenleistung auch für die älteren, in „fester“ Stellung sich befindenden Kollegen vorhanden, dann allerdings könnte uns aus einer Staffelleistung der Beiträge nur Nutzen erwachsen. Da können wir dann zu dem so viel umfrittenen Punkte der Verschmelzung der Zentralfrankenkasse mit dem Buchbinderverband. Ich meine, diese Frage ist schwierig zu erledigen, so daß vielleicht nie oder erst in späteren Jahren ein Resultat zu erzielen ist. Da wäre es doch das einfachste, wenn vom Verband selbständig eine Krankenunterstützung eingeführt würde. Aber auch dieses würde nicht genügen. Unumgänglich notwendig erscheint uns vor allen Dingen die Einführung einer Invalidenrente (besser Arbeitsunfähigkeitsunterstützung bei dauernder Erwerbsunfähigkeit). Diese Angelegenheit wurde ja schon von der Zahlstelle München recht intensiv betrieben, leider ohne Erfolg. Jedoch dürfte nicht, wie in dem Entwurf gesagt wurde, die Gewährung einer Rente von dem Betrag der staatlichen Rente abhängig gemacht werden, sondern es sollte von der betreffenden Zahlstelle über die Notwendigkeit entschieden werden. Selbstverständlich hätten Vorstand und Ausschuß die letzte Entscheidung zu fällen. Wenn nun entgegnet wird, daß bei solchen Einführungen zu große Anforderungen an die Kasse gestellt würden und demzufolge die Beiträge zu stark erhöht werden müßten, so entgegne ich: „Viele Kollegen sind Mitglieder der Zentralfrankenkasse, bezahlen also an Beiträgen 45 Pf. und 40 Pf. = 85 Pf. ohne event. Lokalaufschlag. Diesen Betrag von 85 Pf. pro Woche zahlen viele auch der schlecht gestellten Mitglieder ohne Murren. Sollte nun der Verband nicht erhebliches mehr leisten können mit diesen Beiträgen? Ich meine wohl. Würde nun diese Grundzahl 85 im Auge behalten und danach die Staffeln eingeteilt, so würden die schlecht bezahlten Kollegen Vorteile davon haben. Allerdings müßte die Krankenunterstützung auch staffelmäßig geregelt werden. Für diejenigen Kollegen nun, welche die höchste Staffelleistung bezahlten, wäre dann als Gegenleistung die Invalidenunterstützung da. Wenn nach einer Karenzzeit von 6 bis 8 Jahren die ersten Renten zu zahlen wären, hätte unsere Kasse jedenfalls eine ziemlich feste Grundlage gewonnen. Außerdem

könnten nach und nach die Beiträge den Leistungen gemäß erhöht werden. Mit der Aussicht auf spätere nicht unerhebliche Vorteile würde eine große Menge der jetzt noch abseits stehenden Kollegen gewonnen werden, wenn auch die Personen vorhanden sind, welche es bezwecken, die Massen zu beherrschen und aufzuklären. Um diese Kräfte zu erhalten, ist es notwendig, wie Kollege Gash schreibt, mehr besoldete Gauleiter anzustellen. Doch müßten in erster Linie die Gawe berückichtigt werden, in denen sich noch wenige Mitglieder und Zahlstellen befinden. Wenn in das Gebiet der Oder, zu einem Gau vereinigt, als Gauleiter ein rastloser Kollege hingeseht würde, der die Agitation rege betreiben kann, dann würden wohl gute Resultate erzielt werden.

Wenn nun auch nicht alles auf einmal erlebte werden kann, so schadet doch eine Ventilierung dieser Fragen nichts. Gerade kleine Zahlstellen, in deren Versammlungen es am nötigen „Stoff“ fehlt, können dadurch guten Besuch und interessante Debatten erzielen.

Zum Schluß möchte ich noch einen oft ausgesprochenen Vorwurf zurückweisen. Fast in jeder Nummer der Zeitung wird darüber geflagt, daß in der Provinz nicht genügend auf die Sammellisten geachtet war. Das ist richtig und bedauerlich. Aber es hat ein jedes Ding seinen Grund. Die Mitglieder der kleinen Zahlstellen sind ungenügend mit dem Gebaren der größeren, hauptsächlich Berlins, kleinen Zahlstellen, welche keine gut fundierten Lokalkassen haben, werden oft die nötigen Mittel vorzuenthalten oder schwer zugänglich gemacht, welche für eine Agitation nötig sind. Haben doch die Provinzstädte viel schwerer um Mitglieder zu kämpfen als die großen Tarifstädte. Werden doch nur von Jahr zu Jahr Selber gesammelt für die Kämpfe der Tarifstädte. Und was bleibt uns in der Provinz übrig? Durch dieses Gebaren hat geradezu eine Erbitterung Platz gegriffen und ich muß die es angeht ermahnen, das wohl zu bedenken. Denn auch wir Provinzler bezahlen unsere Beiträge, dazu noch mit unseren kleinen Löhnen, farrer als ihr Großstädter.

Bonn. J. A. Gerhard Samel.

Internationales.

Aus Norwegen. In Bergen, der zweitgrößten Stadt Norwegens, haben unsere Kollegen nach langen Verhandlungen mit den Meistern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 1. September 1911 gelten soll. Die Forderungen, die sie gestellt hatten, sind leider nur teilweise bewilligt worden, und besonders ist es zu bedauern, daß eine Regelung der Arbeiterrenten nicht erzielt wurde, was jedoch seinen Hauptgrund darin hat, daß die Bergenser Buchbinderinnen bis vor kurzem überhaupt nicht organisiert waren und sich erst beim Beginn der Lohnbewegung zu einem kleinen Teil dem Verbands angeschlossen. Der Wochenlohn für Gehülfen wurde für das erste Jahr nach der Lehrzeit auf 18 Kronen, für das zweite auf 20, und für das dritte auf 22 Kronen (24,50 Mk.) festgesetzt. Die Feiertage werden bezahlt, den Akkordarbeitern nach dem Durchschnittsverdienst. Alljährlich werden jedem Gehülfen ohne Lohnzahlung mindestens vier Tage Ferien gewährt. In einer Buchbinderei Bergens werden übrigens 3 Tage Ferien gewährt und die wöchentliche Arbeitszeit beträgt nur 53 Stunden, während sie im Tarif auf 56 festgesetzt ist. Ueberzeitarbeit soll nach dem Tarifvertrag mit 33 1/2 Proz. Zuschlag, nach 10 Uhr abends sowie Sonnabends von 6 Uhr ab und Sonntags mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Eine Regelung der Lehrlingslöhne und des Lehrlingswesens, wie sie auch von unseren Kollegen angestrebt wurde, ist nicht erreicht worden, abgesehen von der Bestimmung, daß die Lehrlinge unter Anleitung erfahrener Arbeiter stehen, und so wenig wie möglich zu anderen als zu Facharbeiten benutzt, also nicht, wie das ja auch in Deutschland noch vorkommt, als Stütze der Frau Meisterin oder gar als Kinderermädchen ausgenutzt werden sollen. Eine glückliche Bestimmung ist die des Vertrages, die besagt, daß Verträge, welche privatim zwischen Meister und Gehülfe abgeschlossen wurden, bei Streiks oder Aussperrungen unzulässig sind. — Der Tarif in Bergen war kaum abgeschlossen, da schickten sich die Meister schon an, ihn zu brechen. Sie wollten die Lohnerbhöhungen erst vom 1. Januar 1907 ab zahlen. Durch neue Verhandlungen gelang es jedoch, sie wieder auf den rechten Weg zu bringen, zumal für den Fall, daß sie auf den Tarifbruch beharrten, der Streik schon beschlossen war.

In Kalesund haben die Buchbinder Ende November den Meistern Tarifforderungen überreicht. Verhandlungen führten zu nichts. Unsere Kollegen haben darauf sämtlich ihre Stellungen gekündigt, und am 22. Dezember war der Tag der Arbeitsniederlegung. Weitere Nachrichten über die Lohnbewegung oder den Streik in dieser west-norwegischen Stadt liegen uns bis jetzt nicht vor.

Lohnbewegungen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: Zimmermann u. Co. in Düsseldorf, W. Börsch in Köln, Riand u. Morstadt in Lahr i. B., Jäger u. Sohn in Markneufkirchen i. S. und M. Beck, Kartonprägeri in Berlin.

Zugut ist fernzuhalten von: Erlangen, Mannheim-Ludwigsafen, Offen.

Gesperrt sind ferner die Firmen G. Wolfensberger in Zürich und J. M. Neher & Söhne in Bern (Schweiz); die Sektionen Alesund (Norwegen), Chur (Schweiz), Olmütz (Mähren) und Klagenfurt (Oesterreich).

Die nunmehr abgeschlossene Lohnbewegung unserer Berufsangehörigen in Elberfeld-Barmen hat nachfolgendem Lohnarif Gültigkeit verschafft.

Lohnarif

für die in Buchbindereien, Geschäftsbücherfabriken, Buch- und Steindruckereien beschäftigten Buchbinder und Liniierer, sowie der in Buchbindereien beschäftigten Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen.

Lohn.

1. Gehülfenlöhne:

- a) Gehülfen erhalten im 1. Jahre nach vollendeter vierjähriger Lehrzeit einen Wochenlohn von 19 Mk.
- b) von da ab bis zum dritten Gehülfenjahr 21 Mk.
- c) für alle anderen Gehülfen mit Ausnahme der unter d genannten 23 Mk.
- d) Spezialarbeiter wie Beschneider, Hands- und Fuchbergolder, Marmorierer, Zuschnneider, Goldschmittmacher, Liniierer usw. 26 Mk.

2. Hülfсарarbeiter:

Diese sollen nach freier Uebereinkunft entlohnt werden, erhalten aber nach einjähriger Tätigkeit im Geschäft mit 16 Jahren einen Wochenlohn von 12 Mk., halbjährlich steigend um 1 Mk., bis 21 Mk. erreicht sind.

3. Arbeiterinnen:

Mit 14 Jahren wöchentlich 6 Mk., mit 14½ Jahren 6,50 Mk., mit 15 Jahren 7 Mk., mit 15½ Jahren 7,50 Mk., mit 16 Jahren 8 Mk., mit 16½ Jahren 9 Mk., mit 17 Jahren 10 Mk., mit 17½ Jahren 10,50 Mk., mit 18 Jahren 11 Mk., mit 18½ Jahren 11,50 Mk. und mit 19 Jahren 12 Mk.

Solche Arbeiterinnen, die alle vorkommenden Arbeiten erledigen können und darin geübt sind, wie Handsalzen, Bücher- und Broschürenvorrichten, sowie geübte Helferinnen erhalten 14 Mk. Ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre werden nach freier Uebereinkunft bezahlt, sollen aber nach halbjährlicher Tätigkeit nach vorstehenden Sätzen entlohnt werden.

4. Die vorstehenden Sätze gelten als Minimallöhne und sind geschickten Arbeitern und Arbeiterinnen höhere Löhne zu zahlen.

Diejenigen Gehülfen, die jetzt schon 23 Mk. und darüber verdienen, erhalten eine Lohn-erhöhung von 5 Proz., ebenso diejenigen Arbeiterinnen, welche 12 Mk. und darüber verdienen.

Die Affordlöhne sollen in den einzelnen Branchen besonders geregelt werden und soll der Mindestlohn garantiert sein.

Bei körperlich und geistig schwachen Gehülfen, Hülfсарarbeitern und Arbeiterinnen können Ermäßigungen der angeführten Lohnsätze stattfinden, sofern sie nachweislich den Minimallohn nicht verdienen.

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit soll wöchentlich ausschließlich der Pausen 57 Stunden betragen.

Da, wo eine kürzere Arbeitszeit eingeführt, bleibt dieselbe bestehen. Gesehliche und vom Geschäft angeordnete Feiertage werden bezahlt.

Ueberstunden.

Regelmäßige Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden. Wenn Ueberstunden nicht zu umgehen sind, ist das Personal unter Beobachtungen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen von seiten des Prinzipals verpflichtet, Ueberstunden zu leisten. Die Ueberzeitarbeit ist aber dem Personal möglichst am Vormittag desselben Tages anzuschließen.

Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag gewährt:

- a) für Gehülfen die ersten 2 Stunden je 10 Pf., für jede weitere Stunde 15 Pf.
- b) für Arbeiterinnen die ersten 2 Stunden je 7 Pf., für jede weitere Stunde 10 Pf.
- c) Hülfсарarbeiter über 21 Jahre erhalten die Ueberstunden wie Gehülfen, solche unter 21 Jahre wie Arbeiterinnen bezahlt.

Bei Sonntagsarbeit erhalten die Gehülfen 20 Pf. und Arbeiterinnen 10 Pf. Zuschlag pro Stunde.

11. Dauert die Ueberzeitarbeit über 2 Stunden, so ist eine viertelstündige, über 3 Stunden eine halbstündige Pause zu gewähren. Die Pausen gehen auf Kosten des Prinzipals.

Lohnzahlung.

12. Die Lohnzahlung hat am Freitagabend zu erfolgen.

Dauer des Tarifs.

13. Dieser Tarif tritt am 1. Januar 1907 in Kraft und gilt bis 31. Dezember 1911.

Ist der Tarif 6 Monate vor seinem Ablauf von seiner Seite gekündigt, so hat er ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Tariffriedsgericht.

14. Alle Streitigkeiten und Beschwerden über Bestimmungen dieses Tarifes sind, bevor Entlassungen, Aussperrungen oder Niederlegung der Arbeit erfolgen, einem von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen gewählten Schiedsgericht vorzutragen.

a) Das Schiedsgericht hat die ihm vorgelegten Fälle möglichst innerhalb 3, spätestens innerhalb 8 Tagen zu entscheiden.

b) Das Schiedsgericht kann nicht nur von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch von den in Frage kommenden drei Organisationen angerufen werden. Es besteht aus je 3 Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie je 3 Stellvertretern derselben.

c) Von den 3 Arbeitnehmern hat der Deutsche Buchbinderverband 2 Mitglieder und der Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche 1 Mitglied für das Schiedsgericht zu ernennen.

Seine Geschäftsordnung gibt sich das Schiedsgericht selbst.

Elberfeld, Dezember 1906.

Arbeitgeberverein der Papierverarbeitungsindustrie des Wuppertals.

Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Elberfeld und Barmen. Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche, Zahlstelle Elberfeld und Barmen.

Wie man sieht, sind die beiden Organisationen, der freie Deutsche Buchbinderverband und der „christliche“ Verband gemeinsam vorgegangen. Die in „christlichen Verband“ Organisierten werden ersehen haben, daß ihre „sozialdemokratischen“ Kampfgesinnungen nicht die absehbaren Anholse sind, als die man sie in ihrem Organ oftmals hinstellt. Auch könnten sie bei einigem Nachdenken leicht erkennen, daß die Unternehmer gerade so gerne mit einem „freien“ Verband einen Tarif abschließen, wie mit einem, der sich das Prädikat „christlich“ zugelegt hat. Hier spielen in erster Linie wirtschaftliche Machtverhältnisse eine Rolle. Im vorliegenden Falle hatte das Zusammengehen der beiden Organisationen eine eigenartige Vorgeschichte. Anfangs überließen die Herren von der „anderen Fakultät“ dem deutschen Buchbinderverband alle Arbeiten und bekümmerten sich um nichts, trotzdem sie wohl unterrichtet waren. Erst als sie merkten, daß es nicht zum Kampfe, sondern zu friedlichen Vereinbarungen kam, da wollte man mittun, da stellte man an die Organisation der Arbeitgeber das Ersuchen, auch an den Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Diese Taktik entspricht so recht ihren bisherigen Handlungen.

Selbst zu schwach, um irgendwie etwas zu erzwingen, schimpfen sie in ihrem Organ und in ihren Versammlungen auf den Deutschen Buchbinderverband, der angeblich durch die Maifeier zur Ohnmacht verdammt sei. Wenn aber etwas zu erreichen ist, dann wollen sie auf einmal mittun, um nachher in ihrer Zeitung mit den angeblich von ihnen errungenen Erfolgen zu prahlen. Die hiesige Lohnbewegung hat gezeigt, daß die Existenz dieser Organisation zum mindesten überflüssig ist. Das, was erreicht wurde, wäre auch ohne sie erreicht worden. Höchstens sind die Arbeiten dadurch erschwert und in die Länge gezogen worden.

Die Lohnbewegung hat ferner gezeigt, daß nichts geeigneter ist, die Unternehmer einig zu machen, als ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter. Dem ver dankt auch der „Arbeitgeberverein der Papierverarbeitungsindustrie des Wuppertals“ sein Dasein. Ferner läßt sich die Lehre aus diesem friedlichen Uebereinkommen ziehen, daß selbst verkorene Streiks oder solche, die zwar große Opfer, aber verhältnismäßig wenige Vorteile den Beteiligten brachten, für die Allgemeinheit nicht nutzlos waren. Ohne

die großen Kämpfe, welche im letzten Jahre die graphischen Gewerbe erschütterten, war es doch sehr fraglich, ob die Arbeitgeber des Buchbindergewerbes im Wuppertal ein so erfreuliches Entgegenkommen gezeigt hätten.

Die Kollegen des Wuppertals sollten aus allen diesem endlich zur Einsicht kommen, daß nur Einigkeit stark macht. Ohne das Eingreifen der Organisation wäre eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die jetzt so müßelos manchem zuteil wird, nicht errungen worden. Ein jeder, der um seiner Organisation noch nicht angehört, müßte es nunmehr als seine Ehrenpflicht betrachten, sich dem Deutschen Buchbinderverband anzuschließen.

Sind die errungenen Vorteile auch nicht so groß, wie sie angeht, der allgemeinen Teuerung zu wünschen wären, so ist doch durch Abschluß eines Tarifes für jeden einzelnen Berufsangehörigen eine sichere Grundlage geschaffen, auf die er fußen und weiter streben kann. Den Tarif nun auch zur allgemeinen Durchführung zu bringen, dazu bedarf es erst recht einer starken Organisation. Darum: hinein in den Verband!

Kundschau.

Internationaler Arbeiterkongress. Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel erläßt folgende Bekanntmachung:

An die sozialistischen Parteien und Arbeitervereinigungen.

An die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Der nächste internationale sozialistische Kongress wird in Stuttgart (Deutschland, Württemberg) vom 18. bis 24. August 1907 tagen.

Das internationale sozialistische Bureau, welches im Jahre 1900 eingeführt wurde, um die Arbeiten der internationalen Kongresse fortzusetzen und deren Beschlüsse auszuführen, ladet zu dem Kongress gemäß den Bestimmungen der Kongresse zu London (1896) und Paris (1900) ein, also:

1. alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundfäden des Sozialismus zustimmen: Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel, internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Förderung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Massenpartei organisierte Proletariat;

2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also legislativen und parlamentarischen Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung beteiligt sind. (Pariser Kongress 1900.)

Wenn Ihre Organisation diesen Grundfäden zustimmt, bittet Sie das internationale sozialistische Bureau, die Frage der Beteiligung Ihrer Organisation am Stuttgarter Kongress in nächster Frist auf die Tagesordnung Ihrer Versammlung zu setzen und zu gleicher Zeit zu untersuchen, welche Fragen, nach Ihrer Ansicht, zum Gegenstand der Beratungen dieses Kongresses gemacht werden sollen.

Indem das Bureau keineswegs Ihr Anrecht an Initiative beschränken will, spricht es jedoch den Wunsch aus, daß die schon in den vorigen Kongressen erledigten Fragen nicht mehr zum Gegenstand der Beratungen gemacht werden. Es hat in der Sitzung vom 10. November 1906 eine provisorische Tagesordnung aufgestellt, welche Fragen enthält, die von den vorigen Kongressen bis zum Stuttgarter Kongress vertagt worden sind, — Fragen von aktueller Bedeutung, deren Behandlung dringlich erscheint, — Fragen innerlicher Regelung, deren Lösung sehr zu wünschen ist.

Diese Fragen sind:

- 1. Die Festsetzung der Resolutionen des internationalen sozialistischen Bureaus.
- 2. Die Regelung der Kongresse; die Statuten des Bureaus und der interparlamentarischen Kommission.
- 3. Der Militarismus und die internationalen Konflikte.
- 4. Die Beziehung zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien und den gewerkschaftlichen Organisationen.
- 5. Die Kolonialfrage.
- 6. Die Einwanderung und die Auswanderung der ausländischen Arbeiter.

Die Organisationen, welche noch andere Fragen auf die Tagesordnung zu setzen wünschen, müssen deren Formulierung, einen erläuternden Bericht und ebenso den Text der Resolutionen und Ausföhrungen dem Sekretariat des internationalen sozialistischen Bureaus, Volkshaus, Brüssel, vor dem 1. April 1907 zukommen lassen.

Diese Dokumente sollen samt den Berichten und Resolutionen bezüglich der Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, veröffentlicht und den angehöhrten Parteien und den beitretenden Organisationen vor dem 1. Mai 1907 zugesandt werden.

Wir erlauben uns, die Lehteren an die in den periodischen Berichten des Sekretariats angeführten wiederholten Einladungen des Exekutivkomitees des internationalen sozialistischen Bureaus zu erinnern. Es ist in der Tat sehr wichtig, die Berichte der nationalen Sekretäre über die Tätigkeit ihrer Parteien und der Arbeiterorganisationen seit dem Amsterdamer Kongress (1904) bis zum 1. Januar 1907 vor dem Stuttgarter Kongress zu veröffentlichen. Diese Berichte, welche den Genossen aller Länder eine sachliche und genaue Einsicht in die sozialistische und Arbeiterbewegung geben sollen, müssen dem Sekretariat übermittelt werden bis zum 1. Februar, spätestens aber bis zum 15. Februar 1907. Da diese Dokumente in drei Sprachen erscheinen, bitten wir um Pünktlichkeit.

In bezug auf die materielle Gestaltung des Kongresses freut es uns, Ihnen mitteilen zu können, daß wir in Uebereinstimmung mit den deutschen Genossen die nötigen Maßnahmen getroffen haben, um die Arbeiten des Kongresses zu erleichtern und den Teilnehmern den Aufenthalt so behaglich als möglich zu machen.

Der Kongress wird in der Lieberhalle tagen, die aus einem Kongressaal für 1000 Delegierte und aus mehreren Sälen für die Sektionen besteht. Das Stuttgarter Komitee wird einen Wegweiser der Stadt und Umgebung herausgeben, ein Wohnungs- und Preiskomitee bilden, sprachkundige Führer für die ausländischen Genossen besorgen, einen geeigneten Raum für die Berichterstattung der Presse und ebenfalls eine Post im Kongressaal einrichten. Das Stuttgarter Komitee wird im Einvernehmen mit dem Sekretariat des internationalen sozialistischen Bureaus eine Ausstellung sozialistischer Schriften deutscher Sprache und womöglich auch solcher, die in anderen Ländern erschienen sind, veranstalten. Wir werden die unserer Sache ergebenden sozialistischen Bezugsgegenstände um ihre Mitarbeit ersuchen. Endlich wird das Sekretariat täglich in drei Sprachen (deutsch, französisch und englisch) einen kurzen Bericht über die Erörterungen in den Sektionen und den Plenarsitzungen des Kongresses herausgeben, um den Teilnehmern die Verfolgung der Verhandlungen zu erleichtern.

Um die Vorbereitungsarbeiten zu fördern, werden die Delegierten ersucht, ihrem nationalen Sekretär ihre Teilnahme am Kongress möglichst bald anzukündigen. Sie werden alsdann provisorische Eintrittskarten für den Kongress erhalten. Diese provisorischen Karten werden in Stuttgart nach Prüfung der Mandate ausgewechselt gegen endgültige Eintrittskarten, deren Preis auf 10 Franken, 8 Mark, 8 Schilling festgesetzt worden ist.

Die Adresse des Stuttgarter Wohnungskomitees werden wir im Laufe des Januar 1907 mitteilen. Wir ersuchen die Zeitungen und Zeitschriften der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen, dieses Zirkular baldmöglichst abzdrukken. Mit dem Wunsche, daß der Stuttgarter Kongress der wachsenden Macht der internationalen Sozialdemokratie entsprechend ausfallen möge, zeichnet mit brüderlichen Grüßen

Das internationale sozialistische Bureau.
Das Exekutivkomitee des internationalen sozialistischen Bureaus (Belgien):
Eduard Auele. Emile Vandervelde.
Camille Huysmans, Sekretär.

Die angebrohte Aussperrung in der Berliner Holzindustrie dürfte allem Anschein nach zur Tatsache werden, wenn bei den Unternehmern nicht noch eine bessere Einsicht Platz greift. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß die Aussperrung versucht werden wird. In einer Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes wurde beschlossen, auf dem bisherigen Standpunkt zu beharren, da das Verhalten der Unternehmer keine andere Möglichkeit zuläßt.

Der Streik in den Berliner Siemenswerken ist am 4. Januar von den Streikenden abgebrochen worden, da keine Aussicht bestand, daß bei Fortführung desselben ein günstiges Resultat erzielt werden wäre.

In vergrößertem Format erscheinen seit Beginn des Jahres die Organe der Gastwirtschulpen und der Handlungsgehülfen.

Der Zentralverband der Zimmerer veröffentlicht seine Abrechnung vom 3. Quartal 1906. Danach betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des 3. Quartals 52 977 gegen 43 924 am gleichen Tage im Jahre 1905. Die Bilanz weist einen Vermögensbestand von 692 137,44 Mk. auf. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug 1 129 448,27 Mk., das ist eine Zunahme seit dem Schlusse des 2. Quartals um 231 230,21 Mk.

Der Verband der Kupferhämde Deutschlands hält vom 2. bis 5. April 1907 im Gewerkschaftshause zu Breslau seine sechste ordentliche Generalversammlung ab.

Der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hält seinen neunten Verbandstag am 7. April und folgende Tage in Hamburg (Gewerkschaftshaus) ab. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Verbandsvorstandes und der Revisionen; Bericht des Ausschusses; Bericht der Redaktion und Prekommission. 2. Bericht vom Gewerkschaftskongress zu Köln 1905 und Wahl der Delegierten zum nächsten Kongress. 3. Allgemeiner internationaler Arbeiterkongress 1907. 4. Unterstützungseinsparungen im Verbands. 5. Beratung der Anträge zum Statut. 6. Beratung der übrigen Anträge, welche noch nicht erledigt sind. 7. Gehaltsfrage und Wahlen.

Die Gewerbegerichts Wahl in Karlsruhe brachte bei allgemeinem Stimmeneückgang den freien Gewerkschaften 11 Sitze, den Christlichen 1. Von den 12 Sitzen der Arbeitgeber erhielten die freien Gewerkschaften 2.

Der Arbeitsmarkt im November. Mit dem Einsetzen der kalten Jahreszeit machte sich gegenüber der ununterbrochenen Aufwärtsbewegung dieses Jahres zum ersten Male ein leises Abflauen der Arbeitsgelegenheit bemerkbar. Zimmerhin war angesichts der dauernd günstigen Geschäftslage dieser Jahreszeit schwächer als gewöhnlich um diese Zeit, mit Ausnahme des Vorjahres, in dem die Aussicht auf den am 1. März in Kraft tretenden neuen Zolltarif die für den Export arbeitenden Industrien zur Anspannung aller Kräfte veranlaßte. In einer Anzahl Industrien, so der Metall-, der Textil- und der elektrischen Industrie sowie dem Bergbau herrscht immer noch Mangel an Arbeitskräften.

Bei den dem „Reichsarbeitsblatt“ Mittheilung machenden 4552 Krankenkassen (gleich 20 Proz. aller) war die Zahl der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder am 1. Dezember um 13 476 niedriger als am 1. November, die der weiblichen dagegen um 13 853 höher, was eine Gesamtzunahme von 359 ergibt. Zieht man jedoch von der Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder die der erwerbsunfähigen Kranken ab, so ist sogar eine Abnahme der Beschäftigungsziffer von 1363 Personen zu verzeichnen. Auch die Tätigkeit der Arbeitsnachweise wurde im November weniger lebhaft in Anspruch genommen als im Vormonat; das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hat sich etwas zumungunsten der Arbeiter verschoben. Bei 625 Nachweisen fanden im November rund 195 000 Arbeitsgelegenheiten 153 000 offene Stellen und 110 600 Vermittelungen gegenüber, wobei sich die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber dem Vormonat um 31 000, die der offenen Stellen um 60 000 und die der Vermittelungen um 36 000 verringert hatte.

Die Streiks und Aussperrungen in Holland im Jahre 1905 waren, wie aus dem Berichte des holländischen statistischen Zentralbureaus hervorgeht, zahlreicher, aber weniger ausgebreitet als die des Jahres 1904. Es fanden 132 mit ArbeitsEinstellung verbundene Konflikte statt, an denen 7346 Arbeiter beteiligt waren und in denen 78 562 Arbeitstage verloren wurden gegenüber 102 ArbeitsEinstellungen mit 11 186 beteiligten Arbeitern und 576 866 verlorenen Tagen des Vorjahres. Die Ziffern des letzteren sind hauptsächlich beeinflusst durch eine gewaltige Streikbewegung in der Diamantindustrie, an der 6391 Arbeiter beteiligt waren und 484 571 Arbeitstage verloren wurden.

Die Streitigkeiten des Jahres 1905 betreffen sich auf die einzelnen Gewerbe wie folgt:

Gewerbe	Streiks und Aussperrungen	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage
Baugewerbe	38	2144	47 893
Textilindustrie	8	211	2 559
Transportgewerbe	18	1260	8 126
Chemische Industrie, Glas, Töpferei	10	2389	3 386
Nahrungsmittel	39	509	9 736
Diamantschleiferei	3	68	172
Anderes	1	783	6 690
Zusammen	132	7364	78 562

In der Privatklagesache

des Pressers Georg Bönhardt zu Leipzig-Gornowitz, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und v. Palmowski in Berlin, Privatklägers, gegen den Redakteur Carl Michaelis in Berlin, vertreten durch die Rechtsanwälte Heine und Dr. Behrendt in Berlin, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das königliche Schöffengericht Berlin-Tempelhof in Berlin am 7. November 1906 für Recht erkannt: Der Angeklagte Redakteur Carl Michaelis ist der Beleidigung schuldig erkannt und wird deshalb zu 50 Mk. Geldstrafe, falls diese nicht beigetrieben werden kann, zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. Dem Beleidigten, Presser Georg Bönhardt zu Leipzig, wird die Befugnis zugesprochen, die Ver-

urteilung des Angeklagten wegen Beleidigung binnen vier Wochen seit Zustellung der Urteilsformel durch einmalige Veröffentlichung derselben in der Buchbinderzeitung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte.
Glogan: G. Etze, Laubenstr. 1 II.
Unterstützungs-Anzahler.
Freiburg i. B.: Z. S. Muffje, Universitätsstr. 18 III.

Briefkasten.

G. S. in M. Zum Abdruck nicht geeignet. Die auch von uns ständig vorgenommenen Veröffentlichungen der geperrten Orte und Betriebe erfüllen denselben Zweck.

K. in R. Ihrer Zusendung fehlt jedweder Hinweis über Ihre Person. Es ist schon oft betont worden, daß ohne Bestätigung resp. Beglaubigung seitens der Zustellenderverwaltung solche Arbeiten nicht aufgenommen werden. Die von Ihnen berührte Sache ist überdies schon so oft debattiert worden, daß sich der Abdruck, zumal er nur Wiederholung des bereits Gesagten darstellt, erübrigt.

Vorstehende Notiz war schon geschrieben und gesetzt, als Ihre lebenswürdige Karte vom 6. Januar hier eingieng. Diese ändert jedoch an Vorstehendem gar nichts. Es ist mir unmöglich, die über 20 000 Verbandsmitglieder mit Namen zu kennen. Auch die Bezeichnung „alles Verbandsmitglied“ genügt mir nicht. Ich muß zum mindesten die Nummer des Mitgliedsbuches wissen.

K. B. in M. Inzerat kam erst am Mittwoch, den 2. d. M. in meine Hände, also zu spät, um in Nr. 1 Aufnahme zu finden.

M. M. in G. Das geht nicht so ohne weiteres, ich muß auch die Gründe hierfür wissen.

K. G. in B. Die Berichtskarte vom Kaiserlichen Statistischen Amt ist mit 5 Pf.-Marke zu frankieren.

P. B. in D. Auch für Sie gilt Vorstehendes.

G. M. und R. D. in Fr. a. M. Soll ich Ihnen die beiden von G. M. unterzeichneten Manuskripte zusenden?

Zurückgestellt wurden Korrespondenzen aus Stuttgart.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heben das 14. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bülow's Wahlparole. — Die Situation des Reiches. Von R. Kautsky. (Fortsetzung). — Zur Reform der Arbeiterversicherung. Von Otto Braun. — Die Sozialpolitik im Reichstag. Von Gustav Hoch. — Der erste internationale Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Von Dr. Robert Wiegels. — Literarische Rundschau: Anton Menger, Volkspolitik. Von R. Hilferding. Josef Viktor v. Scheffels Briefe an Schwabik. Von Hermann Wendel.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteur zu Preisen von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns heben Nr. 1 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — In den Kampf! — Tua res agitur! Von Luise Zick. — Was der letzte Reichstag den Arbeiterinnen versprochen und was er ihnen gehalten hat. Von Gustav Hoch. — Gegen den Lebensmittelhunger! Von h. f. — Aus dem Reiche der Zentrumsrafen. Von w. d. — Umsturz und Revolution. I. Von J. B. — Die Generalversammlung des katholischen Frauenbundes in München. Von K. D. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Vorwärts. Von -g. (Gedicht). — Prometheus. Dramatisches Fragment von Wolfgang Goethe. — Immer mehr. Von Georg Herwegh. (Gedicht). — „Von Gottes Gnaden.“

Für unsere Mütter und Hausfrauen: In Reih' und Glied. Von Friedrich Rückert. (Gedicht). — Verhütung und Heilung des Stotterns bei Kindern. I. Von O. R. — Hauspflege

und Hauspflegekassen. I. Von Henriette Fürth. — Sonett, von Gottfried Keller. — Die Kochkiste, eine Zeit- und Arbeitsparcassin für unsere Hausfrauen. Von M. Kt. — Die Mutter als Erzieherin.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnent 2,80 Mk.

Der bevorstehenden Reichstagswahl ist die soeben erschienene Nummer des „Wahren Jakob“ fast in ihrem

ganzen Inhalt gewidmet. Wir erwähnen die Bilder „Völker Afrikas, währet Eure heiligsten Güter!“, „Rußland unter den Feldkriegsgerichten“, „Große Wahl-Bittprozession aller echt deutsch gesinnten Männer“, „Der neue Reichstagspräsident“, „Das Einkläuten der Reichstagswahl“, „Pio Decimo auf dem Kriegspfad gegen die ungläubigen Franken“, „Die verlebte deutsche Waffenehre“, „Los vom Zentrum“ und „Deutsche Kultur in Afrika“. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gebichte „Das Volksgericht“, „Januarwind“, „Statistik“, „Rußland

unter den Feldgerichten“, „Der Kreuzzug“, „Der Eroberer“, „Was der Michel alles hatte“, „Der Freisinn“, „An die Gewehre!“, „Des Zentrums Klage“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Deutsch Süd-West“ von Paul Enderling, „v. Arnim-Schnobdächlein an v. Belop-Raitenburg“ und die humoristischen Briefe der ständigen Mitarbeiter des „Wahren Jakob“ Claus Swartmuul aus Hamburg bei St. Pauli und Jothilf Naude, an'n Förlicher Bahnhof, gleich links. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Nllsk.) Sitz Leipzig.

Regensburg.
Am Samstag, 29. Dezbr. 1906 verstarb unser langjähriges Mitglied Herr
Josef Rödl
im Alter von 41³/₄ Jahren.
Er ruhe in Frieden!
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Bielefeld.
Am Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Flakbeck, Breitestraße, 25] [5,40

Hauptversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Erlangen.
Sonntag, den 20. Januar 1907, vormittags 1/2 11 Uhr

Haupt-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Hannover.
Sonntag, den 19. Januar 1907, abends 1/2 9 Uhr, im Kassenlokal

vierteljähr. Haupt-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zur Verlobung unseres lieben Vorsitzenden
Philipp Armbrust
mit Fräulein [1,20]
Margarete Bayer
die herzlichsten Glückwünsche!
Zahlreiche Mannheimer-Ludwigshafen.

Unserem lieben Kollegen
Jakob Kleber
zu seiner Verlobung die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen der Zahlstelle Wiesbaden. [1,—

Unserem Kollegen H. Siebenlist zu seinem 24. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche senden Ramolla, Cwilong, Weiß, Kornol, Stabe, W. Gomar. 26] [—,80

Hand- u. Preßvergolder
für dauernd gesucht. [1,20
Geist & Gilmer, Etuisfabrik, Mainz.

Einige tüchtige 19] [1,80
Präger
auf Schneidschrift-Plakate finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.
Plakalfabrik Dresden-Laubegast.

Nach wie vor
am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

O. Th. Winckler
Leipzig
Seeburgstrasse 47,
weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

täglich
erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

Tüchtige Etuismacher
14] gegen hohen Lohn sucht [1,—
Börner & Haasenritter, Köln, Probststeigasse 15.

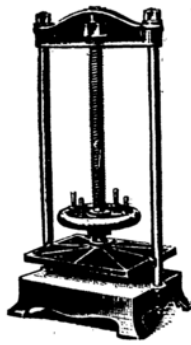
Gr. Eckladen
passend für Buchbinderei u. Schreibmaterialien, in nächster Nähe dreier Schulen, 1. April 1907 zu vermieten. Offerten unter **M. 33** an Haasenritter & Vogler, H.-G., Halle a. S.

Für Buchbinder!
Ein Filial-Geschäft (Schulbücher, Papier- u. Schreibwaren etc.), dicht neben Schule, sehr ausdehnungsfähig, in schön gelegener Stadt, ist anderer Unternehmungen halber sehr billig zu verkaufen. Offerten unter **A. A. 250** an Rudolf Wisse, Magdeburg. 24] [2,70

Marmorier-Kursus für Berlin und Umg.
Anmeldungen werden in Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, entgegen genommen. Um zahlreiche Beteiligung bittet mit aller Hochachtung 27] 3,—
Josef Hauptmann.
NB. Bitte die Ausstellung von „Modernen Marmorierungen“, Dessauerstraße 2 (Buchgewerbesaal), zu beachten.

Tüchtigen durchaus perfekten Goldschnittmacher
18] suchen in dauernde Stellung [3,60
J. F. Boesenberg, G. m. b. H., Leipzig.

Gravierungen
zur Hand und Presse nach jeder Zeichnung 20] werden sauber angefertigt von [1,50
F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.



K. Bidlingmeyer
G. m. b. H.
Altbach a. N.
liefert
allerbilligst
Schlagrad-u. Stockpressen
in solider Ausführung in 6 verschiedenen Größen.
Lieferung sofort
Prospekte gratis und franco.

Einsendungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.

Deutscher Buchbinder-Verband
Zahlstelle Berlin,
Verwaltungsstelle Berlin der Zentralkrankenkasse d. Buchbinder und Buchbinder-Männerchor.

Sonnabend, den 26. Januar 1907

Grosser Wiener Masken-Ball
in dem für die beginnende Bockbier-Saison festlich dekorierten — großen Saal der „Neuen Welt“, Halenheide 108—114. —

2 Musik-Kapellen * Schieß- und Würfelbuden im Garten-saal * Kappen und sonstige Maskenartikel.
Um 12 Uhr: Demaskierung.
Anfang 8¹/₂ Uhr. Billett 50 Pfennig. Abendkasse findet nicht statt.
Interessante Präsente für Damen.
Billets sind für Mitglieder und deren Angehörige auf den Bureaus Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21 und 24, sowie in den Übungsstunden des Buchbinder-Männerchors, Freitag abends bei Lippe, Melchiorstr. 15, bei den Vertikalen-Vertrauenspersonen und in den Zahlstellen zu haben. — Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Das Komitee.

12,80] [21